

Niederschrift

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Donnerstag,
06.03.2008, 19:00 Uhr, im Rathaus I, Sitzungssaal.

Anwesend:

Ratsvorsitzender und 1. stellv. Bürgermeister: Karl-Heinz Funke
1. stellv. Ratsvorsitzende: Hannelore Schneider
2. stellv. Ratsvorsitzende: Christine Lampe
Bürgermeister: Gerd-Christian Wagner
2. stellv. Bürgermeister: Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder: Karin Agostini
Karlheinz Bäker
Reinhard Berndt
Rudolf Böcker
Karin Boomhuis
Jürgen Bruns
Ludwig Bunjes
Gerald Chmielewski
Iko Chmielewski
Ilonka Etzold
Jost Etzold
Jens-Olaf Fianke
Walter Heidenreich
Susanne Herbst
Erich Hillebrand
Christoph Hinz
Jörn Kickler
Kurt Klose
Bernd Köhler
Ingo Langer
Walter Langer
Alfred Müller
Hans-Hermann Niebuhr
Peter Nieraad
Georg Ralle
Jürgen Rathkamp
Bernd Redeker
Claudia Rohlfs
Steffen Schwärmer
Peter Tischer
Dorothea Weikert
Herbert Zeidler

von der Verwaltung: Rainer Adler
Heinz Behrens
Olaf Freitag
Marion Groß
Rolf Heeren
Ingrid Köhler
Jörg Kreikenbohm
Rainer Rädicker

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 24.01.2008
- 3 Einwohnerfragestunde
- 4 **Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 4.1 **Verwaltungsausschuss am 22.06.2006**
- Ausschuss für Planung und Umweltschutz am 13.06.2006**
- 4.1.1 Bebauungsplan Nr. 184 - AeroPark - Bereich Erweiterung Airbus Deutschland GmbH, Neuenwege (sh. TOP 9.2 der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 28.02.2008)
- 4.2 Verwaltungsausschuss am 07.02.2008
- Werksausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 28.01.2008**
- 4.2.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2008
- 4.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2005
- 4.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2006
- 4.2.4 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Beschluss über die Kurbeitragskalkulation für die Zeit vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2008
- 4.2.5 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Festsetzung der Kurbeiträge für die Zeit vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2008
- Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 29.01.2008**
- 4.2.6 Antrag auf 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 A für den Bereich zwischen Edo-Wiemken-Straße und Kukshörner Weg
- 4.3 **Verwaltungsausschuss am 28.02.2008**
- Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk am 19.02.2008**
- 4.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2008 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2007 - 2011
- 4.4 **Verwaltungsausschuss am 06.03.2008**
- Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 27.02.2008**
- 4.4.1 Elfte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel
- 4.4.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2007 - 2011
- 4.4.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008
- 4.4.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2008

- 4.4.5 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2008
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters
- 6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzender Funke eröffnet um 19:00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Rates am 24.01.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Rates der Stadt Varel am 24.01.2008 wird einstimmig genehmigt.

3 Einwohnerfragestunde

Eine Einwohnerfragestunde hat mangels Fragen nicht stattgefunden.

4 Berichte und Anträge der Ausschüsse

4.1 Verwaltungsausschuss am 22.06.2006

Ausschuss für Planung und Umweltschutz am 13.06.2006

4.1.1 Bebauungsplan Nr. 184 - AeroPark - Bereich Erweiterung Airbus Deutschland GmbH, Neuenwege (sh. TOP 9.2 der Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses am 28.02.2008)

Ratsherr Rathkamp weist darauf hin, dass der Landkreis Friesland den städtebaulichen Vertrag unterzeichnet hat.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dem Antrag zwar zustimmen, warnen

aber davor, den Wald zu roden, bevor nicht konkret feststeht, dass diese Flächen benötigt werden. Dieses hat der Landkreis Friesland nach Auskunft des Ratsvorsitzenden Funke auch so ausgeführt.

Einstimmiger Beschluss

4.2 Verwaltungsausschuss am 07.02.2008

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast am 28.01.2008

4.2.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2008

Die SPD-Fraktion beantragt, dass dieser Beschlussvorschlag um weitere Einsparungen in Höhe von 100.000 € im Wirtschaftsplan ergänzt wird, da dies im Haushaltssicherungskonzept für den Haushalt 2008 vorgesehen ist.

Aus Sicht des Ratsherrn Tischer bedeutet eine Aufnahme dieser Einsparung in den Wirtschaftsplan, dass konkret etwas eingespart werden muss. Dann muss die Bereitschaft vorhanden sein, es umzusetzen. Er befürchtet, wenn die Maßnahme berücksichtigt wird, ohne dass sie klar umrissen und umschrieben werden kann, dieses zu einer Kürzung der Verlustabdeckung in Dangast führt, die sich nach dem echten Abschluss aber nicht aufzeigt. Bei den Maßnahmen zur Schließung des medizinischen Bereiches wurde festgestellt, dass in diesem Jahr unter Berücksichtigung der Einmalkosten ein Effekt von 60.000 € erzielt wird. Dieser wird sich ab dem nächsten Jahr auf 160.000 € festschreiben. Innerhalb der Debatte ist davon gesprochen worden, dass es im Bereich des Quellbades noch gewisse Ansätze gäbe, weitere Kosten zu reduzieren. Die beliefen sich nach vorsichtiger Bewertung auf ca. 20.000 €. Daraus wird jetzt 100.000 € gemacht. Wenn nicht feststeht, wie sie konkret umgesetzt werden, befürchtet Ratsherr Tischer, dass die Umsetzung nachher genauso läuft, wie bei der Schließung der Physiotherapie. Die CDU-Fraktion ist gegen solche Pauschalkürzungen.

Ratsfrau Etzold hält die Einsparung von weiteren 100.000 € für unrealistisch. Maßnahmen im personalwirtschaftlichen Bereich würden frühestens ihre Auswirkungen im Jahr 2009 haben. Innerhalb dieses Wirtschaftsplanes begrüßt die FDP-Fraktion ausschließlich den ersten Schritt bei der Umsetzung des Konzeptes für den Eigenbetrieb Dangast mit der Schließung des Kurmittelbereiches. Sie können aber nicht verstehen, warum das Konzept, das im Juni verabschiedet wurde, nicht schon parallel dazu in den anderen Bereichen weiterverfolgt wurde. Insbesondere fragen sie, warum noch nicht die Ausschreibung für die Betreibung des Quellbades, des Campingplatzes und des Strandes erfolgt ist. Sie bemängeln die Information über den Stand der Dinge in Dangast. Aus dem Grund werden sie sich auch enthalten.

Die MMW-Fraktion wird dem Wirtschaftsplan nicht zustimmen. Es macht aus ihrer Sicht wenig Sinn, kurzfristige Absichtserklärungen einzuarbeiten. Es ist sinnvoll vorher in den Fachausschüssen konkrete Vorschläge über Einsparungen in Höhe von 100.000 € einzubringen. Die Haushaltssituation wird geprägt durch die Entscheidung der Mehrheitsfraktion in Dangast, eine so genannte Neue Mitte aufzu-

stellen. Die Einstellung des Kurmittelbereiches ist quasi schon ein Vorbote dessen. Aus Sicht der MMW-Fraktion hätten schon früher Einsparmöglichkeiten geprüft werden müssen. Da es sich hier um ein Einsparpotential handelt, das das Ziel verfolgt die Kuranlage zu veräußern und eine neue Investition mit einem Investor in Dangast herzustellen, können sie diesem Antrag nicht folgen. Sie befürchten, dass durch diese Haushaltsansätze dieser Gedanke verfestigt wird. In den letzten zwei Jahren wurde ein Defizit von 1,5 Mio. € in Kauf genommen und nichts in anderer Richtung verfolgt. Unabhängig vom Konzept hätte schon der Haushalt konsolidiert werden müssen. Hätte man die Vorschläge der MMW-Fraktion aus dem Jahr 2006 geprüft, hätten schon 2007 konkrete Ergebnisse erzielt werden können. Die MMW-Fraktion hält es für fragwürdig, dass unter Berücksichtigung der Problematik um die Deichsicherung ein Investor gefunden werden kann. Ratsherr I. Chmielewski hält daher die gesamte Wirtschaftsplanung auf dieser Grundlage für Makulatur.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehen die Notwendigkeit etwas in Dangast zu verändern, auch wenn es schmerzhaft ist, es auf den Weg zu bringen. Ob das, was jetzt verfolgt wird, aber das Richtige ist und in welcher Form und welcher Dynamik ist umstritten. Ratsherr W. Langer hat das Gefühl, dass hier eine Salamtaktik verfolgt wird. Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen haben das Umsetzungskonzept damals abgelehnt, da sie nicht der Überzeugung waren, dass es geschafft werden kann, das Konzept in einem Guss umzusetzen. Trotzdem halten sie es für richtig, Dangast anzugehen, da sonst die Kosten davon laufen. Sie halten auch die Bemühungen des Bürgermeisters für richtig. Sie werden sich trotzdem der Stimme enthalten.

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass er nicht davon gesprochen hat, dass es automatisch Personalmaßnahmen sein müssen, um den Zuschussbedarf in Dangast um 100.000 € zu senken. Er kann nicht verstehen, warum sich die anderen Fraktionen gegen eine Einsparung von zusätzlich 100.000 € in Dangast aussprechen.

Ratsherr Tischer kann die Argumentation des Ratsherrn Müller nicht nachvollziehen. Im Haushaltssicherungskonzept steht, durch weitere noch zu konkretisierende Maßnahmen im personalwirtschaftlichen Bereich sind 100.000 € einzusparen. Dann sind es nach seinem Verständnis doch Personalkosten. In der Intensität in der bei der Stadt Dinge verfolgt und in der Personalpolitik gemacht werden, ist er sich nicht sicher, dass die Umsetzung in diesem Jahr erfolgt. Aus seiner Sicht besteht eine Verpflichtung zur ehrlichen Argumentation.

Die MMW-Fraktion spricht sich nochmals ausdrücklich für Einsparungen aus. Hier geht es aber um einen Wirtschaftsplan, mit einer konkreten Planung. Aus ihrer Sicht kann es in das Haushaltssicherungskonzept rein, es hat aber nichts im Wirtschaftsplan zu suchen. Ein Haushalt sollte wahr und klar sein. Wenn nicht klar ist, welche Maßnahme sich dahinter verbirgt, sollte es nicht aufgenommen werden.

**Ja: 19 Nein: 12 Enthaltungen: 6
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.2.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast für das Wirtschaftsjahr 2005

**Ja: 31 Enthaltungen: 6
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.2.3 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2006

**Ja: 31 Enthaltungen: 6
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.2.4 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Beschluss über die Kurbeitragskalkulation für die Zeit vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2008

Einstimmiger Beschluss

4.2.5 Satzung der Stadt Varel über die Erhebung eines Kurbeitrages - Festsetzung der Kurbeiträge für die Zeit vom 01.01.2008 bis zum 31.12.2008

Einstimmiger Beschluss

Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz am 29.01.2008

4.2.6 Antrag auf 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 61 A für den Bereich zwischen Edo-Wiemken-Straße und Kukshörner Weg

Einstimmiger Beschluss

4.3 Verwaltungsausschuss am 28.02.2008

Werksausschuss für den Eigenbetrieb Wasserwerk am 19.02.2008

4.3.1 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Wasserwerk der Stadt Varel für das Wirtschaftsjahr 2008 und Finanzplanung für den Planungszeitraum 2007 - 2011

Einstimmiger Beschluss

4.4 Verwaltungsausschuss am 06.03.2008

Finanz- und Liegenschaftsausschuss am 27.02.2008

4.4.1 Elfte Haushaltssicherungskonzept der Stadt Varel

Aussprache siehe TOP 4.4.3

**Ja: 19 Nein: 18
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.4.2 Mittelfristige Finanzplanung und Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2007 - 2011

Aussprache siehe TOP 4.4.3

**Ja: 30 Nein: 6 Enthaltungen: 1
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.4.3 Haushaltssatzung der Stadt Varel für das Haushaltsjahr 2008

Aussprach zu 4.4.1 – 4.4.3

Ratsherr Müller weist darauf hin, dass die Haushaltssituation der Stadt Varel nach wie vor sehr angespannt ist. Die Einnahmen aus dem Gewerbesteueraufkommen sind weg gebrochen. Der Verwaltungshaushalt wird deshalb auf ein kumuliertes Defizit von ca.17,5 Mio. € ansteigen. Der Vermögenshaushalt ist ausgeglichen. In den letzten Wochen wurde viel über den Haushalt gesagt und geschrieben. Aus Sicht des Ratsherrn Müller wurde dadurch nicht das Defizit verringert, sondern nur dem Image der Stadt geschadet. Die SPD hat sich daran nicht beteiligt. Sie stehen zu ihrer Stadt und reden sie nicht schlecht. Das strukturelle Defizit wird weiter die Herausforderung für die nächsten Jahre sein. Die Zeiten sind schwer und die SPD-Fraktion stellt sich dieser Verantwortung. Ratsherr Müller vermisste in den Haushaltsberatungen konkrete Vorschläge der Opposition. Es wurde nur lediglich pauschal gesagt, dass in Dangast gespart werden muss. Das hat die SPD in ihrem Vorschlag mit eingebaut. Das heißt aber, dass der Werksausschuss schnell tagen muss, damit die Vorgabe der SPD, in Dangast zusätzlich 100.000 € einzusparen, nicht hinfällig ist.

Er lehnt den Begriff Notopfer für die 900.000 €, die der Landkreis in den Vareler Haushalt bringen will, ab. Die Stadt Varel hat im letzten und in diesem Jahr über 9 Mio. € an Kreisumlage gezahlt. Die Tendenz in 2008 ist noch steigend, trotz der Haushaltsschwierigkeiten. Aus dieser Kreisumlage werden in anderen Gemeinden Seebrücken und Lagunen gebaut. Ratsherr Müller kritisiert, dass die Vareler CDU gegen den Beitrag des Landkreises gestimmt hat. Den populärsten Beitrag in der Haushaltberatung hat seiner Ansicht nach Ratsherr W. Langer gebracht, in dem er sich dafür ausspricht die Aufwandsentschädigungen zu kürzen. Er hält dieses für keinen ernsthaften Konsolidierungsvorschlag, um ein Haushaltsdefizit von 17,5 Mio. € zu schließen.

Die knappen Haushaltsmittel müssen mit Augenmaß und Vorsicht eingesetzt werden. Die Verwaltung hat nach Ansicht des Ratsherrn Müller einen sehr ausgewogenen Haushaltsentwurf vorgelegt. Die SPD-Fraktion hat diese knappe Vorlage noch einmal reduziert, u. a. um 100.000 € bei der Stadtmarketing GmbH. Das Defizit in Dangast muss reduziert werden, dieses ist durch die Schließung der medizinischen Abteilung bereits geschehen. Die Höhe hängt aber auch von der Nachnutzung ab. Sicherlich sind noch einige Fragen offen. Die SPD-Fraktion hat den Auftrag erteilt, in Dangast noch weitere 100.000 € einzusparen und gleichzeitig mit einem Arbeitsauftrag an den Werksausschuss verbunden. Dem Vorschlag des Bürgermeisters, die Personalkosten einzufrieren, ist nichts entgegenzuhalten. Da keiner den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst kennt, bedeutet das mit hoher Wahrscheinlichkeit, dass frei werdende Stellen nicht besetzt werden können, aber auch andere kosten-trächtige Personalmaßnahmen nicht erfolgen. Der Bürgermeister wird unter Umständen die Konsequenzen selber tragen müssen bei der Frage um den Ersten Stadtrat. Auch Ratsherr Müller sieht zum Einfrieren der Personalkosten keine großen Alternativen. Die SPD-Fraktion beabsichtigt den Zuschuss zum Hallenbad,

auch durch eine Erhöhung der Eintrittskosten, auf ca. 340.000 € zu reduzieren. Die Reduzierung des Zuschussbetrages hängt damit zusammen, dass der Beginn der Renovierung des Hallenbades um mind. 1 Jahr verschoben wird. Die Verwaltung hat auch den Auftrag beim Freibad am Bäker die Zuschusshöhe zu reduzieren, auch hier sind Eintrittsgebühren im Gespräch. Eine Schließung der Bäder lehnt die SPD-Fraktion aber ab, da das Einsparpotential deutlich unter 50.000 € liegen würde.

Ursache für das Haushaltsdefizit ist, dass 50 % der Gewerbesteuerereinnahmen weg gebrochen sind. Es besteht kein Haushaltsdefizit, weil ein Ausgabenproblem besteht, sondern weil die Einnahmen weg gebrochen sind. Die ganze Diskussion in den letzten Wochen ging um Kleinbeträge, die nicht annähernd den Haushalt spürbar entlasten könnten. Diese Themen haben von der eigentlichen Problematik, dem Einbruch der Einnahmen abgelenkt. Es müssen daher langfristig mehr Einnahmestandbeine geschaffen werden, denn nur dann können solche Durststrecken wie jetzt überstanden werden. Die vorhandene Wirtschaft muss unterstützt werden. Es muss versucht werden, neue Firmen nach Varel zu holen, um dadurch die Haushaltslage mittel- oder langfristig zu verbessern. Das kann aus Sicht des Rats Herrn Müller nur passieren, wenn das Image von Varel in Ordnung ist und die Stadt nicht schlecht geredet wird. Diesen Weg sollten alle gemeinsam konsequent gehen. Die SPD-Fraktion hat deshalb den Wirtschaftsförderfonds aufgestellt und das Geld trotz der schwierigen Lage nicht ausgegeben.

Auch die Landesregierung trägt durch den Finanzausgleich eine Verantwortung für die jetzige Situation in Varel. Dadurch entstanden hochgerechnet Mindereinnahmen für Varel in Höhe von ca. 750.000 €. Ausgehend vom Haushaltsentwurf der Verwaltung hat die SPD insgesamt Einsparvorschläge im Verwaltungshaushalt von ca. 310.000 € und im Vermögenshaushalt von 730.000 € gemacht. Der Einsparungsansatz für den Verwaltungshaushalt ist um ca. 60.000 € nach unten zu korrigieren, da es sich um Beträge handelt, die für Pachten und Mieten in Dangast vergessen wurden.

Trotz dieses Sparhaushaltes investiert die SPD immer noch. Die Sanierung der Grundschule Langendamms wird weiter voran gebracht, dort werden ca. 50.000 € investiert. In den übrigen Grundschulen wird ca. 60.000 € investiert. Die kommunalen Schulen werden insgesamt mit 1,25 Mio. € bezuschusst. Der Zuschuss für die Kindergärten steigt in diesem Jahr auf 1,55 Mio. €, u. a. dadurch, dass das Angebot in Varel verbessert wurde. Es ist gut angelegtes Geld. In der Menkestraße wird mit 180.000 € investiert, für die Stadtsanierung sind im Haushalt 250.000 € eingestellt. Es werden keine Steuern erhöht und nicht bei den Vereinen oder den freiwilligen Leistungen gestrichen. Das, was für die Stadt wichtig ist, wird gemacht und auch geleistet.

Die Pro Kopf-Verschuldung sank trotz des hohen Defizits im Verwaltungshaushalt von ca. 840 € in 2005 auf jetzt 436 €. Der Durchschnitt in Niedersachsen liegt bei ca. 600 €. Aus Sicht des Rats Herrn Müller ist das der richtige Weg und die schwierige Situation kann überstanden werden. Insbesondere im Bereich der Gewerbesteuererschätzungen gibt es immer wieder starke Veränderungen. Die Prognose des Bürgermeisters war vor wenigen Wochen noch ein kumuliertes Defizit von ca. 20 Mio. €. Der Fehlbetrag wäre dann bei 5 Mio. € gewesen. Das hat sich immerhin auf 2,5 Mio. € reduziert. Das kann als Anlass für vorsichtigen Optimismus gesehen werden.

Für das Werk Airbus zeichnet sich eine Lösung ab. Das Werk bleibt erhalten. Jetzt müssen noch die langfristigen Zukunftsaussichten für das Werk gesichert werden. Der Rat wird soweit es ihm möglich ist, dem Werk die Unterstützung geben.

Die Stadt hat eine gute Wirtschaft und Infrastruktur und ist immer noch der Motor für die friesische Region, sonst wäre sie nicht mehr in der Lage über 9 Mio. € Kreisumlage zu zahlen. Rats Herr Müller sieht keinen Grund zur Schwarzmalerei. Es liegt ein ausgewogener, sehr schmaler Haushalt vor, der keine großen Spielräume zu-

lässt. Die SPD hat aber trotzdem noch genügend Mittel im Haushalt behalten, für die notwendigen Investitionen.

Aus Sicht des Ratscherrn Tischer ist eine kritische Äußerung zur Haushaltslage der Stadt Varel keine Imageschädigung. Die SPD macht es sich sehr leicht, wenn sie verlangt, um jeden Preis positiv zu wirken. Der Finanzausschussvorsitzende hat in der Ausschusssitzung auf den Rückgang der investiven Schulden hingewiesen. Dabei ist aber zu beachten, dass im wesentlichen nur Rückflüsse aus dem Verkauf der Kläranlage erfolgt sind. Ratscherr Tischer weist darauf hin, dass die Verschuldung pro Kopf zwar um 511 € gesunken ist, gleichzeitig aber auch eine Reduzierung des Vermögens um 1.113 € pro Kopf stattgefunden hat. Bei der Betrachtung des Haushaltes ist nicht nur der Haushalt des laufenden Jahres zu betrachten, sondern es sind auch Bezüge herzustellen, zur Vergangenheit, zur Gegenwart und zur Zukunft.

Sicherlich gab es eklatante Einbrüche in der Gewerbesteuer, aber auch die Kreisumlage ist da zu beachten. Der Kreis hat nicht die Systematik der Berechnung der Kreisumlage erfunden, sie ist aber nach Ansicht des Ratscherrn Tischer stark reformbedürftig. Es besteht das Problem, wenn die Stadt im letzten Quartal des Jahres Zuflüsse bekommt, ist es zwar positiv für die Stadt, wird dann aber in den nächsten Jahren durch die nachfällige Berücksichtigung wieder genommen. Die Stadt muss eine Gewerbesteuerumlage an das Land zahlen, in Höhe von 18,57 %. Nach dieser Kürzung greift der Kreis zu mit 54 % Kreisumlage. Es verbleiben eigentlich nur 37 % der Gewerbesteuern bei der Stadt. So muss auch die Wirkung mittelfristig auf den Haushalt gesehen werden. Darüber hinaus bietet der kommunale Finanzausgleich eine Ausgleichsfunktion. Die Gewerbesteuererinnahme hat dadurch noch weniger Auswirkungen. Trotzdem ist das ganze Thema der Gewerbesteuer schlimm.

Der Zweckoptimismus der SPD ist leicht herzustellen und nach Ansicht des Ratscherrn Tischer durch nichts zu begründen. Eine vom Finanzausschussvorsitzenden gesehene Trendwende ist für ihn nachvollziehbar erst gegeben, wenn die Stadt sich wieder in Richtung eines ausgeglichenen Haushaltes zu bewegt und Kassenkredite abgebaut werden. Davon ist die Stadt aber weit entfernt. Wenn er das auf die Vergangenheit bezieht, haben auch einige Ursachen eine Rolle gespielt, die bei der SPD liegen, z. B. die Tatsache, dass durch den Verkauf der Abwasserbeseitigungsanlagen auf ca. 1 Mio. € Einnahmen verzichtet wurden. Durch die Auflösung der Rücklagen hätte letztes Jahr schon das Thema Bedarfszuweisung akut sein müssen.

Er wirft der Mehrheitsfraktion einen relativ leichtfertigen Umgang mit den Ausgaben vor, z. B. die 200.000 € für den Masterplan, der jetzt nur eingeschränkt verwertbar ist. Die CDU-Fraktion hätte Alternativlösungen, z. B. das vom Kreis angebotene Konzept für 40.000 €, besser gefunden. Im Nachtrag 2007, der gescheitert ist, weil die Stimmenmehrheit der SPD nicht vorhanden war, wurden noch für die Jahre 2008, 2009 und 2010 eine Gewerbesteuererwartung von 27 Mio. € ausgewiesen. Der neue Haushalt zeigt im gleichen Zeitraum eine Gewerbesteuererwartung von 13.926.000 €. Ratscherr Tischer fragt sich, wo da das Licht am Ende des Tunnels gesehen wird. Es kann ja sein, dass der Bürgermeister in den vergangenen Wochen schon mal einen negativeren Eindruck hatte, aber Ratscherr Tischer kann die Tagesstimmung von leitenden Mitarbeitern nicht zur Bezugsgrundlage für die Zukunftsbetrachtung machen. Es ist kein Geheimnis, dass, wenn es so weiter geht, die 25 Mio. €-Marke im Jahre 2011 überschritten wird. Er hält es daher für unfreudig, zu sagen, man soll nichts Schlechtes über die finanzielle Lage der Stadt sagen, da es das Image schädigt.

Der CDU ist bewusst, dass aus eigener Kraft die Haushaltssituation nicht bewältigt werden kann und die Kreisumlage die Stadt stranguliert. Betrachtet man die nächsten Jahre, gehen ein Drittel der Einnahmen als Kreisumlage an den Landkreis. Die

9 Mio. € Kreisumlage, die ungefähr eine konstante Größe bleibt, wird die Stadt Varel nicht leisten können. Es muss daher mit dem Kreis eine Regelung für die nächsten Jahre gefunden werden. Aber gerade die SPD hat die Kreisumlagesätze bestätigt.

Das Thema der Haushaltssicherung wurde aus Sicht des Ratscherrn Tischer nicht entsprechend dem Ernst der Sache behandelt. Die Fraktionen haben einen Katalog vom Bürgermeister erhalten, der im ersten Ansatz nicht bewertet war. Nach Meinung der CDU-Fraktion sollten Zielvorstellungen entwickelt werden, wie Haushaltssicherung aussehen kann. Diese absolute Unverbindlichkeit, wie sie heute auch in der Diskussion im Verwaltungsausschuss zum Ausdruck kam, teilt die CDU-Fraktion nicht. In diesem Zusammenhang zitiert Ratscherr Tischer eine Konkretisierung eines Erlasses des Innenministers zum § 82 a NGO: „Die notwendigen Maßnahmen werden konkret und verbindlich beschrieben. Der genaue Umsetzungszeitpunkt, die Umsetzungsmethode und das bezifferte Einsparvolumen jeder Einzelmaßnahme werden benannt. Die finanzielle Auswirkung der einzelnen Umsetzungsschritte wird im Hinblick auf die Erträge und Aufwendungen der Haushalte des Aufstellungsjahrs und der Folgejahre festgelegt. Deren finanzielle Auswirkung auf die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung werden in einer tabellarischen Zusammenfassung dargelegt. Dabei wird die Gesamtwirkung der Maßnahmen durch eine vergleichende Gegenüberstellung in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung jeweils mit und ohne die verschiedenen Haushaltssicherungsmaßnahmen veranschaulicht. Der bloße Hinweis auf Handlungssicherungskonzepte und abstrakte Prüfungsaufträge genügt derweil nicht den besonderen Anforderungen des § 82 Abs. 6 NGO. Das Haushaltssicherungskonzept ist gem. § 1 der Gemeindehaushalts- und -kassenverordnung Anlage des Haushaltsplanes. Aus der engen Verbindung zum Haushaltplan und dem allgemeinen Grundsatz der Jährlichkeit des Haushaltes ergibt sich die Notwendigkeit der jährlichen Fortschreibung und der erneuten Beschlussfassung durch den Rat“. Ratscherr Tischer vertritt die Meinung, dass hier schon die feste Verpflichtung besteht, zu sagen, welche Beiträge selber zur Haushaltskonsolidierung geleistet werden sollen. Das die CDU-Fraktion sich an diesem Konzept mit irgendwelchen Maßnahmen nicht aktiv beteiligt hat, liegt daran, dass sie die Darstellung, die sie hier im vorgelegten Haushaltssicherungskonzept zur Kenntnis genommen haben, nicht folgen können. Kosten fallen auch dann an, wenn man sie nicht plant. Es müssen daher die Ursachen dieser Kosten verändert werden. Möglicherweise ist eine Änderung des Leistungsspektrums, ein Verzicht auf einige Dinge oder eine Umgestaltung erforderlich. Sparen heißt für Ratscherr Tischer Aufsetzen auf der Ist-Situation und nicht die Kürzung einer Sollsituation. Ratscherr Tischer weist auf einige konkrete Dinge aus dem Haushaltssicherungskonzept hin. Im Bereich der Personaleinsparungen fehlen der CDU-Fraktion konkrete Maßnahmen, die zu dem Einsparvolumen führen sollen. In Dangast wird es durch die Umsetzung des Konzeptes dieses Jahr zu einem Einsparansatz von 60.000 € kommen. Im Haushaltssicherungskonzept steht 160.000 €, das sind die nachhaltigen Wirkungen für die Folgejahre. Das sollte dann auch so gesagt werden. Darüber hinaus zweifelt er an, dass die Einsparung von 100.000 € im Bereich der Wirtschaftsförderung dieses Jahr erreicht werden kann. Eine weitere Unklarheit gibt es bei der geplanten Erhöhung der Eintrittspreise des Hallenbades. Das Konzept sieht eine Erhöhung um 3.000 € vor, eine Nebenrechnung zum Haushalt aber eine Erhöhung von 12.500 €. Es bedarf noch einiger Übung, an der sich die CDU-Fraktion gerne beteiligen möchte, weil sie sie als notwendig ansehen und weil sie die Verpflichtung sehen, an der Entwicklung der Finanzen in den zukünftigen Jahren mitzuwirken und die Verantwortung zu tragen. Ratscherr Tischer kritisiert, dass die Mehrheitsfraktion auf Einnahmen in Höhe von 13.000 € verzichtet, weil sie das Abschalten der Straßenbeleuchtung von 2 bis 5 Uhr ablehnt. Alle Nachbargemeinden, außer Oldenburg, tun dies.

Die Stadt rauscht in ein Defizit von bis zu 25 Mio. €. Es wird immer darauf hinge-

wiesen, dass die Stadt jetzt an der Verzinsung der investiven Kredite spart, für die zurzeit 400.000 € aufgewendet werden müssen. Für die Kontoüberziehung müssen aber schon ca. 1 Mio. € aufgewendet werden. Da muss die Stadt ran.

Ratsherr Tischer vermisst bei der Mehrheitsfraktion Zielsetzungen und Visionen für die Zukunft. Z. B. im Bereich der Konversion hat die SPD eine Planung abgelehnt und favorisiert jetzt das Thema BBS-Campus. Dieses muss wieder durch öffentliche Kassen finanziert werden und wird von der SPD im Kreis abgelehnt. Aus Sicht des Ratsherrn Tischer gehört wirtschaftliche Entwicklung in diesen Bereich. Damit Investoren eine Sicherheit haben, sollte die Stadt planen. Darüber mahnt er die Themen Gemeindeverkehrsfinanzierung, Zwischennutzung und Dorferneuerung Dangast an. Aus Sicht des Ratsherrn Tischer arbeitet die SPD nur mit dem Prinzip Hoffnung und dieses allein wird sich seiner Meinung nach nicht tragen. Sie lehnen deshalb den Haushalt ab.

Ratsherr I. Chmielewski weist darauf hin, dass alles was in der Haushaltssatzung drin steht, politische Beschlüsse der Mehrheitsfraktion sind und jetzt ihren politischen Willen widerspiegelt. Die Haushaltskonsolidierung dagegen ist eine Möglichkeit, die bereits gefassten Beschlüsse zu hinterfragen und zu schauen, wo gespart werden kann.

Konsolidierung muss ständig geschehen. Die Fraktion MMW hätte gerne an dem Konzept mitgearbeitet, aber ihre eingebrachten Vorschläge wurden nicht aufgenommen. Darüber hinaus wurde in der vorgelagerten Verwaltungsausschusssitzung das Konzept noch auf 8 Punkte zusammengestrichen. Dies hält er für zu mager. Die Stadt hat ein Einnahme- und ein Ausgabeproblem. Aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski wurde das Ausgabeproblem, von dem Fraktionsvorsitzenden der SPD niedrig geredet bzw. nach außen hin verlagert. Das Konsolidierungskonzept verpflichtet darüber nachzudenken, wie die Einnahmesituation aus eigener Kraft verbessert werden kann. Den einzigen Punkt, der Masse gebracht hätte, die Anhebung der Realsteuerhebesätze, wurde aber von der SPD raus genommen. In der Konsequenz bedeutet das, dass dann für 190.000 € Personal eingespart werden muss. Aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski übernimmt die SPD nicht die Verantwortung für den Haushalt gerade zu stehen.

Ratsherr I. Chmielewski spricht sich gegen die Streichung von Vereinszuschüssen aus. Auch die Sparmaßnahme in Höhe von 30.000 € beim Seniorenpass lehnt die MMW ab, weil es nicht ihre politische Forderung war, bei den Sozialleistungen der Stadt Varel zu kürzen. Sie sind immer gegen einen bestehenden Seniorenpass gewesen, aber nicht dafür, das Geld einzusparen, um in einen Quellbadneubau oder den Masterplan zu investieren. Sie wollten das Geld für den Seniorenpass durch eine maßvolle Beteiligung der Senioren verringern, aber um es gleich in eine qualifizierte Seniorenarbeit zu refinanzieren. Das Konzept sieht keine großen Sparansätze vor.

Ratsherr I. Chmielewski hatte in der Finanzausschusssitzung angeregt weitere Punkte aufzunehmen, z. B. die Wirtschaftlichkeit in Dangast parallel zum Entwicklungskonzept zu prüfen. Sie bemängeln, dass obwohl Dangast das größte Defizit hat, ihrem Begehren nicht nachgekommen wird. Darüber hinaus hatten Sie einen Antrag gestellt, dass man Nachhaltigkeit in der Energiepolitik in das Konzept hinein bringt, auch dies wurde nicht aufgenommen.

Natürlich sind die langfristigen Verbindlichkeiten, wie es die SPD darstellt zurückgegangen, aber dafür sind die kurzfristigen Verbindlichkeiten angestiegen. Für 11 Mio. € langfristige Verbindlichkeiten sind Zinsen in Höhe von 400.000 € aufzuwenden, für kurzfristige Verbindlichkeiten in dieser Höhe dagegen 800.000 €. Ratsherr I. Chmielewski sieht daher darin eine Verschlechterung.

Ein weiterer Punkt ist der Klärwerksverkauf, wogegen die MMW gewesen ist, weil dieser Verkauf den Haushalt nachträglich mit 1 Mio. € belastet. Der Verkauf hat

zwar die Möglichkeit gegeben in diesem Jahr rein rechnerisch den Vermögenshaushalt ausgeglichen darzustellen, das ging aber nur, weil die Rücklage in den Vermögenshaushalt eingeflossen ist. Dafür muss auf den Investitionsfonds verzichtet werden. Damit ist der Investitionsfonds gedanklich weg, aber die Kläranlage auch. Wäre die Kläranlage nicht verkauft worden, hätte die Stadt nach Ansicht des Ratsherrn I. Chmielewski schon früher Bedarfszuweisungen bekommen können. Wenn schon verkauft ist, muss man aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski die Rücklagen auch so einsetzen, dass sie haushaltsrechtlich und für die Bevölkerung von Nutzen sind. Daher sollte der Beteiligungsfonds gestrichen werden und das Geld genutzt werden, um lang- und kurzfristige Kredite abzutragen. Er befürchtet auch, dass bezüglich des Fonds der politische Einfluss fehlt, da er als GmbH geführt werden soll.

Die Fraktion MMW spricht sich gegen alle drei Anträge aus.

Nach Ansicht der FDP-Fraktion ist das Haushaltssicherungskonzept kein richtiges Konzept, sondern nur eine vage Ansammlung von Vorschlägen, die in keinsten Weise von Beschlüssen unterlegt sind. Darüber hinaus fehlen substantielle Maßnahmen und Planungen, wie es im Jahr 2008 überhaupt realisiert werden könnte. Diese würden auch 2008 finanziell gar nicht zum tragen kommen, sondern erst ihre Auswirkung 2009 haben. Man hätte daher schon im April 2007 für den jetzigen Haushalt konsolidierend tätig werden müssen. Das wurde in ganz vielen Bereichen aber versäumt. Die FDP fühlt sich zum Teil in die Ecke gedrängt, wenn sie bestimmte Bereiche anspricht, in denen Veränderungsbedarf zu sehen ist. Es geht aber nicht darum, Bereiche zu schließen, sondern darum, für vorhandene Bereiche, bei möglichst gleich bleibendem Dienstleistungsangebot, neue preiswertere Lösungen zu finden. Das bedarf einer Menge Arbeit, Konsensfindung und Zeit, z. B. für die Suche nach neuen Partnern. Ratsfrau Etzold plädiert dafür, im April 2008 damit zu beginnen, um vielleicht 2009 substantielle Veränderungen zu haben.

In dem Haushaltssicherungskonzept sind für die FDP ein paar Ungereimtheiten, z. B. im Eigenbetrieb Dangast kommen sie zu anderen Zahlen. Auch in den 100.000 € im personalwirtschaftlichen Bereich können sie keine Maßnahme sehen, die diese Einsparung bringt. Schwierig finden sie auch die Einsparrechnung im Bereich Wirtschaftsförderung- und Stadtmarketing GmbH. Da geht es maßgeblich darum die Touristinformation wieder in den städtischen Haushalt zu nehmen. Da der Ansatz aus dem Haushalt raus ist, fragt Ratsfrau Etzold wo diese Aufgabe jetzt bleibt? Auch beim Seniorenpass sehen sie nicht, wie mit ortsnahen Zielen 30.000 € eingespart werden können.

Die FDP-Fraktion wird dem Haushaltssicherungskonzept und dem Haushalt nicht zustimmen, möchten sich aber sehr gerne an der konzeptionellen Arbeit zur Veränderung vieler Bereiche beteiligen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden den drei Punkten nicht zustimmen. Im Vorfeld sind von der Opposition gezielt Vorschläge zum Einnahme- und Ausgabe- problem gemacht worden. Zum Bedauern des Ratsherrn W. Langer nimmt die SPD diese nicht wahr. Sein Vorschlag zur Kürzung der Aufwandsentschädigung ist im Kontext zu Punkt 9 des Entwurfes für das Haushaltssicherungskonzept zu sehen. Grundsätzlich findet er Sparmaßnahmen bei den Vereinen für falsch, aber wenn es schon geschehen soll, dann sollte die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder auch um 10 % gekürzt werden. Sparmaßnahmen sollten auf breiter Basis erfolgen. Dazu müssten die Vorschläge der Opposition ernst genommen werden. Weitere Vorschläge und Kritikpunkte der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen lauteten:

- sie halten den Beteiligungs- und Investitionsfonds für falsch.
- durch den von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgelehnten Verkauf der Kläranlage, wurde aus dem Haushalt 1 Mio. € herausgenommen
- sie wünschen sich Beschlüsse zur Fremdenverkehrsabgabe

- bei der Straßenausbausatzung könnten Einnahmen generiert werden
- mit dem Straßenverkehrskonzept sollte fortgefahren werden
- beim Thema Windanlage hätte mehr geprüft werden müssen, wie es hinzubekommen ist.

Aus Sicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte man über diese Themen miteinander nachdenken. Leider nimmt die SPD die Bemühungen der Opposition aber nicht wahr. Die Worte von Herrn Müller hat Ratscherr W. Langer so verstanden: „Das, was für die Stadt richtig und wichtig ist, weiß allein die SPD und Vorschläge, die andere machen werden bestimmt nicht gemacht.“

Die SPD-Fraktion nimmt das Zahlenwerk sehr ernst. Ratscherr Hillebrand weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Ratscherr Tischer in einer Verwaltungsausschusssitzung auf seinen Antrag in Sachen Dangast hin geäußert hat, dass keine Eilbedürftigkeit besteht. Das Problem des Haushalts liegt am Einbruch des Gewerbesteueraufkommens um die Hälfte. Er lobt die Verwaltung für die gute Darstellung der Zahlen. Die Verwaltung wies in ihren Ausführungen darauf hin dass es erste Zeichen der gesamtwirtschaftlichen Erholung gibt. Darauf beruht die Hoffnung des Ratscherrn Hillebrand.

Ratscherr Tischer kritisiert die schlechte Vorbereitung in der Haushaltsberatung. Seine Fraktion erhielt die Dinge immer erst im letzten Moment. Die Hoffnung der SPD beruht auf der Gemütslage der Verwaltung. Aus Sicht des Ratscherrn Tischer können Dinge nur von einem Bericht zum anderen verglichen werden. Wenn die Einbrüche bei der Gewerbesteuer nicht eingetreten wären, hätte die Stadt vielleicht mal einen ausgeglichenen Haushalt gehabt, das jährliche Defizit hätte damit aber nicht bewegt werden können.

Auf die Äußerung des Ratscherrn Hillebrand, weist Ratscherr Tischer darauf hin, dass Herr Hillebrand zunächst die zeitnahe Umsetzung in Dangast verhindert hat und fordert einen ehrlichen Umgang miteinander.

Ratsvorsitzender Funke weist darauf hin, dass er in der vorletzten Verwaltungsausschusssitzung angemahnt hatte, das Entwicklungskonzept entsprechend dem Ratsbeschluss als Gesamtkonzept umzusetzen. Er spricht sich dafür aus, im Rahmen der Haushaltskonsolidierung auch über die Vorschläge der anderen Fraktionen zu sprechen, z. B. über die Vorschläge der Fraktion MMW zur Energieeinsparung und der Wirtschaftlichkeitsprüfung des Quellbades. In diesem Zusammenhang weist er aber darauf hin, dass das Entwicklungskonzept für Dangast bereits eine Wirtschaftlichkeitsprüfung enthält. Jetzt geht es in Dangast darum alles abzuarbeiten. Gemeinsam mit Herrn Hillebrand hat er wiederholt auf den Terminplan hingewiesen.

Auch wenn Ratsvorsitzender Funke keine Visionen hat, hat er Ziele, z. B. die Förderfähigkeit nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz und die Unterbringung der BBS auf dem Kasernengelände. Er drängt im Kreis darauf, nicht mehr in das alte Gelände der BBS zu investieren, da dort die Straßenverkehrssituation unzumutbar ist.

Er betont ausdrücklich, wie es auch die Verwaltung bereits gesagt hat, dass Konsolidierung und Sparen eine Daueraufgabe ist und hofft, dass sich jeder bei den einzelnen Beschlüssen daran erinnert. Aus seiner Sicht sind auch die Dinge, die nicht im Konzept stehen beratungsfähig und kluge Gedanken werden immer aufgenommen.

Ratscherr Etzold sieht ein Imageproblem eher da, dass die SPD seit Jahren die absolute Mehrheit im Rat hat und die Entscheidungen trifft. Sie können sich daher auch nicht hinstellen und Vorschläge der Opposition erwarten, die sie dann sowieso nicht umsetzen.

Vor Jahren wurde das Defizit in Dangast auf 250.000 € gedeckelt, nun liegt es schon bei 1,5 Mio. €. Das lag nicht an der Opposition. Ratsherr Etzold vermisst bei der SPD den Sparwillen und hat den Eindruck, als ob zum Teil, das was geredet wird nicht mit dem zusammen passt, was getan wird. Das Wegbrechen der Gewerbesteuer durch die Lage bei Airbus kann niemandem im Rat angelastet werden, trotzdem ist es nach Ansicht des Ratsherrn Etzold beschönigend, zu sagen, es sei eine Durststrecke. Er bezweifelt, dass die Gewerbesteuer jemals wieder den Stand von früher erreichen wird. Mit diesem Thema muss sich der Ausschuss beschäftigen. Zu prüfen ist auch, ob sich die Stadt bei dieser Haushaltslage zwei Hallenbäder leisten kann. Durch den Verkauf des Klärwerkes hat sich die Stadt aus seiner Sicht in der Zukunft viele Diskussionen über Investitionen in diesem Bereich erspart.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass es in Varel zurzeit zu viele Baustellen gleichzeitig gibt. Daher können viele Dinge nicht mehr so schnell voran gebracht werden, weil die Zeit fehlt. Er hätte auch für den Haushalt gerne mehr Zeit gehabt, um ihn besser zu vermitteln. Aber die Verwaltung hat seines Erachtens sehr gut gearbeitet. Wir haben Schwierigkeiten dieses Tempo weiterhin zu halten. Sein Tagesablauf sieht zurzeit so aus, dass er Termine im Halbstundentakt macht. Deshalb möchte er auch das, was Herr Müller gerade mit einem Allgemeinen Vertreter andeutet, sehr mahnend in den Raum stellen. Der Stadt Varel würde ein Allgemeiner Vertreter für den Bürgermeister gut anstehen. Er ist im Haushalt eingeplant. Vor ca. einem halben Jahr hat Bürgermeister Wagner im Finanz- und Liegenschaftsausschuss darum gebeten, eine Arbeitsgruppe zur Haushaltskonsolidierung einzurichten. Leider haben damals sämtliche Parteien, außer der MMW, diese Arbeitsgruppe nicht gewollt. Er würde sich freuen, wenn die Haushaltskonsolidierung nach dem heutigen Abend weiter vorangetrieben wird. Die ca. 17,5 Mio. € müssen abgebaut werden.

Es ist nicht Tagesstimmung, wie die Verwaltung die Steuer festlegt, so wie Herr Tischer es vorgeworfen hatte. Der Kämmerer ist bei der Festlegung, wie es für die nächsten Jahre aussieht, nach den vorliegenden Messbescheiden und einer Befragung der Top-15-Gewerbesteuerzahler vorgegangen. Die Aussage der Verwaltung entspricht dem gegenwärtigen Stand der Informationen.

Bezüglich des Wirtschaftsförderfonds, der jetzt nur noch aus dem Beteiligungsfonds besteht, gibt es Beschlüsse, die umgesetzt werden. Hier sollte Ratsherr I. Chmielewski nach Ansicht des Bürgermeisters Wagner die politische Mehrheit akzeptieren. Bezogen auf das von der Fraktion MMW vorgeschlagene Energiekonzept, wurden verwaltungsseitig die Mitarbeiter und Schulen bereits angewiesen Energie zu sparen. In Varel wird keine Energie verschwendet. Einige Themen wurden bereits im Bauausschuss behandelt.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass der Grund, dass die Stadt keine Bedarfszuweisungen erhält, darin liegt, dass der Verschuldungsgrad noch nicht den erreicht hat, der für Bedarfszuweisungen erforderlich ist. Hier zeichnet Ratsherr I. Chmielewski ein völlig schiefes Bild.

Bürgermeister Wagner ist zuversichtlich, dass die Terminplanung in Dangast in den Griff zu bekommen ist. Er hat viele Baustellen, die er in Varel bewegen muss. Er braucht dazu aber auch eine adäquate Verwaltung, ohne die kann er nicht arbeiten. Er hat die Personalkosten, soweit es möglich ist, auf einen Stand von unter 8 Mio. € einfrieren lassen. Über die entsprechenden Stellen wird er dem Verwaltungsausschuss berichten. Es muss aber auch eine entsprechende Aufgabenkritik dahinter stehen. Er bittet zu berücksichtigen, dass man sich nicht totsparen sollte. Aus seiner Sicht gibt es bereits einige Bereiche, in denen sich die Stadt offensichtlich fast totgespart hat

Für wichtiger als die Bildung von Arbeitsgruppen hält Ratsvorsitzender Funke, dass

die Vorschläge aufgegriffen und in den Fachausschüssen beraten werden.

Ratsherr Tischer mahnt nochmals an, das Thema Verkehrsmodell wieder aufzunehmen.

Die CDU-Fraktion hält die Haushaltskonsolidierung für ein sehr wichtiges Instrument und möchte ihre Mitarbeit zu diesem Thema nicht versagen. Dass sie es heute nicht mit tragen können, liegt daran, dass sie sich mit den Bewertungen überhaupt nicht identifizieren können.

Ratsherr Tischer appelliert an die Mehrheitsfraktion, ideologische Scheuklappen abzulegen und jede Maßnahme, die vorgeschlagen wird, ernst zu nehmen.

Das Thema Stadtbibliothek ist für die CDU-Fraktion ein ernst zu nehmendes Thema. Wenn die Personalkosten für eine Öffnungsstunde in der Stadtbibliothek höher sind als für eine Öffnungsstunde im Hallenbad, ist zu überlegen, wie es optimiert werden kann. Es ist nicht ihr Ziel die Bibliothek zu schließen. Vielleicht könnten dort auch Teile des Tourismus-Konzeptes mit verbunden werden. Ein anderes Thema ist der Bauhof. Es sollte geprüft werden, ob Teilleistungen nicht auch fremdvergeben werden können. Diese Überlegung muss zulässig sein. Der Erfolg könnte wesentlich höher sein, wenn alles ohne Vorbehalte auf den Prüfstand käme. Prüfstand heißt nicht automatisch Verabschiedung von der Sache, es heißt sich verantwortungsvoll mit der Kostenüberlegung in der Zukunft auseinander zu setzen.

Ratsherr I. Chmielewski unterstützt die Forderung des Bürgermeisters auf Besetzung der Stelle des Allgemeinen Vertreters. Dies ist nötig um handlungsfähig zu bleiben.

Zu seinem Antrag auf Wirtschaftlichkeitsprüfung des Quellbades möchte er ergänzen, dass er die Notwendigkeit sieht, da aus seiner Sicht das Konzept nicht vor 2010 umgesetzt werden wird. Jede kleine Einsparung ist hier wichtig.

Wichtig ist aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski, dass die SPD aus dieser Diskussion mitnimmt, dass die Oppositionsparteien sich nicht ernst genommen fühlen. Das Einnahmeproblem kann nur gelöst werden, wenn mutige Entscheidungen getroffen werden.

Die SPD will keinem weh tun, aber damit schwächt sie aus Sicht des Ratsherrn I. Chmielewski die Stadt Varel. Es sollte überlegt werden, ob man sich nicht gedanklich mit einer Anhebung von Gebühren oder Steuern anfreunden kann, um die Struktur aufrecht zu halten. Bereits die Verkehrsabgabe, die jahrelang im Haushaltskonsolidierungskonzept stand, ist herausgenommen worden, um den Bürgern nicht weh zu tun. Die Konsequenz ist jetzt, dass diese Abgabe nicht mehr gefordert werden kann, weil die Struktur abgebaut wird.

Ratsvorsitzender Funke fordert Herrn I. Chmielewski auf, sich noch mal das Aquilon-Entwicklungskonzept anzuschauen. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass anstatt der Fremdenverkehrsabgabe damals aus wohl überlegten Gründen die Zweitwohnungssteuer eingeführt wurde.

**Ja: 19 Nein: 18
damit mehrheitlicher Beschluss**

4.4.4 Wirtschaftsplan der Geschwister Anna und Diederich Bremer-Stiftung für das Wirtschaftsjahr 2008

Einstimmiger Beschluss

4.4.5 Haushaltsplan der Grosse-Stiftung für das Haushaltsjahr 2008

Einstimmiger Beschluss

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

6 Behandlung von Anfragen und Anregungen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 21:25 Uhr schließt Ratsvorsitzender Funke die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Karl-Heinz Funke
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)